

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 100-4 vom 13. Oktober 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Deutschen Arbeitgebertag 2026
am 13. Oktober 2026 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Rainer Dulger,
sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer, lieber Steffen Kampeter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Einladung, auch am diesjährigen Arbeitgebertag zu Ihnen zu sprechen. Ich freue mich, dass wir uns heute sehen.

Ich bedanke mich, Herr Präsident, lieber Rainer, bei dir für die kritische, aber auch sehr konstruktive Rede. Ich bedanke mich für die Begleitung der letzten zwölf Monate. Und ich bedanke mich für die konstruktiven Ideen und die Mithilfe aus Ihren Unternehmen, aus dem Verband, aus den Mitgliedsverbänden. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit im letzten Jahr!

Dieser Arbeitgebertag fällt in eine Zeit, in der die deutsche Wirtschaft so viel Gegenwind ausgesetzt ist wie selten zuvor in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch Auswirkungen auf unsere Sicherheit, auf unsere Energieversorgung; soziale Sicherungssysteme an den Grenzen ihrer Finanzierbarkeit; der Konflikt im Mittleren Osten, der das Öl weltweit verteuert; unfaire Handelspraktiken, die uns treffen wie wenige; die Zollpolitik der USA, die unvorhersehbar und unkalkulierbar bleiben wird. Es ist eine Zeit der multiplen Krisen.

Ein Teil der Wahrheit ist: Wir in der Politik und Sie, die Sie in der Wirtschaft Verantwortung tragen, haben auf diese sehr herausfordernden Umstände nur bedingt Einfluss. Aber wir stehen in der Verantwortung, mit diesen Herausforderungen möglichst gut umzugehen.

Genau das tun wir. Schaut man sich die Zahlen an, dann könnten wir sogar einigermaßen zuversichtlich sein: Die deutsche Wirtschaft ist widerstandsfähig. Sie ist zuletzt ungeachtet der gewaltigen Herausforderungen, von denen ich nur einige genannt habe, sogar gewachsen. Das Bruttoinlandprodukt lag zum Ende des ersten Halbjahres 2026 schon um ein Prozent höher als im Vorjahr. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in den letzten Tagen, bis in diese Tage hinein die Wachstumsprognose für das nächste Jahr noch einmal deutlich nach oben korrigiert, auf jetzt ungefähr 1,3 Prozent. Für 2027 wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Klar ist gleichwohl: Unser Blick muss über diese Zeit der multiplen Krisen hinausgehen. Wir müssen die strukturellen Verwerfungen erkennen, und wir müssen zu strukturellen Antworten finden. Das langfristige Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft muss steigen. Es ist nicht damit getan – lassen Sie mich das in diesem Bild sagen –, die Stürme, die wir derzeit durchsegeln, möglichst unbeschadet zu überstehen, vielleicht sogar in der Hoffnung, danach wieder in altes, wohlvertrautes Gewässer hineinzusegeln. Auch wenn die gegenwärtigen Krisen überwunden sind, wird die Welt eine andere geworden sein – durch künstliche Intelligenz, durch sich weiter verschiebende globale Machtverhältnisse, durch den demografischen Wandel, den Klimawandel und die Zerrüttung der uns bekannten alten politischen Ordnung. Genau auf diese Welt müssen wir uns heute vorbereiten.

Auch hier ist die gute Nachricht: Das geschieht auch. Viele von Ihnen nutzen die Chancen der neuen Technologien. Forschung und Entwicklung in unserem Land tragen dazu erheblich bei. Auch wir in der Politik nutzen die Chancen.

Ich habe es im letzten Jahr von dieser Stelle aus schon gesagt; ich will es heute wiederholen: Wir erschließen uns als Europäer neue Handelspartnerschaften überall auf der Welt. Wir besinnen uns auf unsere Stärken, und wir wehren uns auch so gegen

die Verletzung der Spielregeln. Wir versuchen in dieser Lage, zum Teil über Jahrzehnte unterbliebene Reformen durchzusetzen.

Das tun wir nicht für uns und unsere Generationen. Was wir heute tun, das sind wir den Jungen schuldig. Sie sollen wie wir Älteren in einem Land leben, in dem man sich durch Leistung etwas aufbauen kann. Sie sollen in einem Land leben, in dem man sich persönlich entfalten kann, in dem man eine Familie gründen kann und in dem man eine gute Zukunft für sich und die Familie sieht. Deswegen beginnt die Modernisierung, die Fahrt in die neuen Gewässer, bei uns zu Hause, in unseren eigenen Revieren.

Das ist der Grund, warum wir so viel Kraft in die Reform der sozialen Sicherungssysteme stecken. Wir wissen dabei: Nicht nur, aber ganz besonders junge Menschen sorgen sich um die Zukunft dieser Systeme. Sie glauben heute nicht daran, dass das Sicherheitsversprechen auch noch für sie gilt, wenn sie im Alter, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit Hilfe brauchen. Sie sehen, dass sie immer höhere Beiträge zahlen müssen. Wir, die Bundesregierung, wollen hier für neues Vertrauen sorgen. Denn nur ein Sozialstaat, der verlässlich schützt und der zugleich nachhaltig finanziert ist, wird auch von der jungen Generation dauerhaft mitgetragen und akzeptiert. Meine Damen und Herren, deshalb die Reformen in Gesundheit, Pflege und Rente!

Lassen Sie mich auch hinzufügen: Niemals zuvor wurden alle unsere sozialen Sicherungssysteme zur selben Zeit reformiert. Ich weiß, was wir dabei den Menschen abverlangen. Und ich bin dankbar, dass eine große Mehrheit immerhin über die Notwendigkeit dieser Modernisierung informiert ist und sie auch akzeptiert. Wir wollen für alle Menschen in Deutschland das gleich fair und gleich ordentlich hinkommen.

Diese Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme haben längst begonnen. Erste Teile der Gesundheitsreform sind in Kraft. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung werden, anders als zum Jahresbeginn prognostiziert, wieder an die Einnahmen gekoppelt, so wie wir das früher schon einmal hatten. Wir stellen damit die Finanzen der Krankenversicherung, der Krankenkassen, wieder auf ein solides Fundament und stabilisieren die Krankenversicherungsbeiträge. Wir sind dabei den Empfehlungen der Expertenkommission gefolgt.

Übrigens, zum Verruf, in den die Expertenkommission geraten ist: Ich habe immer schon zu denen gehört und gehöre auch heute in dieser Funktion zu denen, die gern auf den Rat von Fachleuten und Experten hören. Wir haben in unserem Land für die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik für viele Themen, auch für sehr spezielle Themen bis hinunter in sämtliche Zweige der sozialen Sicherungssysteme, exzellente Fachleute, auch bei den Sozialpartnern. Ich möchte, dass sie gehört werden und dass ihre Vorschläge in der Politik auch Berücksichtigung finden. Deshalb haben wir Expertenkommissionen gebeten, uns Vorschläge zu machen. Ich komme gleich noch in einem anderen Zusammenhang darauf zurück.

Wir sind diesen Vorschlägen gefolgt. In einem weiteren Schritt wird diese Kommission, die noch tagt, weitere Empfehlungen für weitere strukturelle Reformen machen. Ziel ist es, die Beitragssätze auch langfristig stabil zu halten und zugleich eine gute Versorgung zu gewährleisten.

Auch in der sozialen Pflegeversicherung werden wir nach Jahren ständiger Beitragssatzerhöhungen die finanzielle Basis stabilisieren und zugleich erste Verbesserungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige erreichen. Im Kabinett wurde in der letzten Woche der Gesetzentwurf beschlossen.

Heute sind mehr als sechs Millionen Menschen pflegebedürftig. Diese Zahl steigt, und jeder von uns kann eines Tages dazugehören. Ohne eine Reform wären die Pflegeleistungen auf Dauer nicht mehr finanzierbar. Genau das verhindern wir. Auch der erste Teil dieser Reform ist, was auch immer anderes behauptet wird, kein reines Spargesetz. Prävention und Rehabilitation werden gestärkt. Das soll Pflegebedürftigkeit möglichst lange vermeiden und dazu beitragen, dass sich ein Pflegezustand nicht weiter verschlechtert.

Im nächsten Schritt setzen wir auch in der Pflege eine Expertenkommission ein, die bis zum kommenden Jahr sehr konkrete Vorschläge für strukturelle Verbesserungen und eine nachhaltige Finanzierung erarbeitet.

Meine Damen und Herren, sagen Sie nicht, das seien Details der Sozialpolitik. Das sind Grundsatzfragen der Gerechtigkeit in unserem Land. Menschen, die sich Pflege nicht leisten können, müssen wissen, dass sie sich auf diesen Sozialstaat verlassen können. Umgekehrt: Menschen, die sich ihre Pflege finanziell leisten können, müssen und sollen auch in Zukunft selbst mehr dazu beitragen.

Die größte Ungerechtigkeit tut sich aus der Sicht der jungen Generation heute in der gesetzlichen Rentenversicherung auf. Unser heutiges umlagefinanziertes System hat in einer alternden Gesellschaft keine Zukunft. Machen wir so weiter wie bisher, sänke das Rentenniveau und stiegen die Beiträge immer weiter an. Kein junger Mensch kann sich damit abfinden. Kleinere Korrekturen wie in der Vergangenheit reichen jetzt nicht mehr. Es hilft nichts. Wir müssen uns alle zusammen ehrlich machen, solange jedenfalls der Jungbrunnen nicht gefunden ist, in den wir alle einmal einsteigen können. Wir brauchen und ich will eine große Reform.

Ich will eine Lösung, die unser Rentensystem langfristig sicher macht. Wir haben hierzu bereits einige Entscheidungen getroffen: Frühstartrente, Aktivrente, die hoffentlich in Ihren Unternehmen schon umfangreich genutzt wird, Verbesserungen in der privaten und betrieblichen Säule der Altersversorgung sind bereits in Kraft. Zusammen mit dem, was wir noch verabredet haben, bedeutet das: Das Rentenniveau, das Niveau der Alterssicherung, wird steigen, und die Beiträge werden sinken. Möglich wird das durch die neue gesetzliche Kapitalrente. Endlich nutzen wir damit in Deutschland die positiven Effekte des Kapitalmarkts, so wie das viele andere Länder auf der Welt längst tun. Wir sind damit mindestens 30 Jahre zu spät. Aber damit machen wir die Rente jetzt stabil und gerecht. Warum sollten eigentlich nur diejenigen vom Kapitalmarkt profitieren, die für sich selbst zusätzlich vorsorgen können? Wir beteiligen jetzt alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Entwicklung unserer Volkswirtschaft.

Allerdings, und auch das gehört zur Wahrheit: Bis ein ausreichend großer Kapitalstock angesammelt ist, der einen relevanten Beitrag für die Altersversorgung abwirft, wird es einige Jahre dauern. Die Kapitalrente wird also insbesondere den jüngeren Generationen zugutekommen. Es wird für diesen Umbau notwendigerweise vorübergehend zu höheren Beiträgen kommen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen sind.

Aber Sie sehen genau an diesem Beispiel, meine Damen und Herren: Wir machen Politik nicht für eine Wahlperiode, sondern wir machen Politik für die nächste Generation. Deshalb gilt: Je früher wir mit dem Einstieg in die Kapitalrente beginnen, desto schneller wird sie auch wirken. Und je schneller die Kapitalrente greift, umso schneller können die Beiträge auch wieder sinken.

Lassen Sie mich zu diesem umstrittenen Teil der Reform auch eine Anmerkung machen: Auch das Ende der abschlagsfreien Frühverrentung macht die Rente gerechter. Denn gesund und fit abschlagsfrei früher in Rente zu gehen, das ist weder gerecht, noch können die Rentenversicherung und unsere Volkswirtschaft es sich leisten, wenn immer weniger Arbeitende immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren müssen.

So viel zu den Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

Für Sie ebenso und mindestens genauso wichtig ist, was wir vor der Sommerpause, genau am 1. Juli, zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verabredet haben. Ihre Unternehmen und Ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören zu den besten und innovativsten der Welt; Rainer Dulger hat es hier gerade gesagt. Aber der deutsche Arbeitsmarkt muss sich noch ein bisschen von dieser Innovationsstärke abschauen. Dieser Arbeitsmarkt ist nach wie vor zu starr und zu unflexibel. Weder ermöglicht es der Arbeitsmarkt den Unternehmen, schnell und unkompliziert zu wachsen, noch ermöglicht er den Arbeitssuchenden, schnell und unkompliziert neue Arbeit zu finden. Besonders die vielen Start-ups – nicht nur sie, aber auch sie – brauchen Möglichkeiten für einen flexiblen Personaleinsatz. Hier hat Deutschland großes Potenzial.

Sie kennen vermutlich die Zahlen. Im ersten Halbjahr 2026 wurden schon wieder mehr als 3.000 neue Start-ups gegründet, ein Anstieg von fast 90 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und schon das Vorjahr war mit 3.500 Gründungen ein Rekordjahr. Wir wollen deshalb diese Dynamik des Arbeitsmarktes nutzen, um auch mehr Flexibilität für die Beschäftigten zu ermöglichen. Wir werden deshalb Befristungsmöglichkeiten für die Unternehmen erweitern. Und wir werden auch den Kündigungsschutz für diejenigen

lockern, die besonders hohe Einkommen erzielen. Sie brauchen den Kündigungsschutz so, wie wir ihn heute haben, nicht mehr.

Auch beim Rückbau unserer überbordenden Bürokratie kommen wir voran. Die, so nennen wir es, Sitzungen des Entlastungskabinetts, die wir regelmäßig machen, haben Wirkung. Die Modernisierungsagenden im Bund und föderal, sie sind ehrgeizig, und sie sind konkret in der Umsetzung. Beim Bau-Turbo zum Beispiel ermöglichen wir schon jetzt mehr und schnelleren Wohnungsbau. Das Infrastruktur-Zukunftsgesetz, über das ich im letzten Jahr von dieser Stelle aus gesprochen habe, ist in Kraft und wird die Genehmigung neuer Autobahnen, neuer Infrastruktur, neuer Schienenwege, den Ersatz maroder Brücken und wichtige Sanierungen von Wasserstraßen beschleunigen. Gerade haben wir verabredet, nahezu alle Berichtspflichten für Unternehmen abzuschaffen. Erhalten bleiben sollen nur solche, deren Notwendigkeit von den zuständigen Ministerien jeweils neu begründet wird. Ein Gesetz dafür ist in Arbeit. Mit einer dauerhaften Berichtspflichtenbremse verhindern wir, dass in künftigen Gesetzen wieder neue bürokratische Meldepflichten für die Unternehmen kommen.

Das, was ich auf nationaler Ebene tue, tue ich auch auf der europäischen Ebene. Wir werden in dieser Woche, am Donnerstag und Freitag, erneut zu einem Europäischen Rat in Brüssel zusammentreffen. Ich habe den Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen, im Februar des nächsten Jahres dasselbe zu tun, was wir im Februar dieses Jahres gemacht haben, nämlich bei einer Klausurtagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in der Abgeschiedenheit eines alten Schlosses in Alden Biesen in Belgien – dort, wo der Deutsche Orden gegründet worden ist – einmal einen ganzen Tag mit der Frage umzugehen: Was müssen wir eigentlich tun, um das, was uns Enrico Letta und Mario Draghi in ihren wegweisenden Berichten zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes aufgeschrieben haben, zu verwirklichen?

Zusammen mit Emmanuel Macron sind wir beiden diejenigen, die die Europäische Union jetzt zu einem wirklichen Rückbau der europäischen Bürokratie treiben, zur weiteren Öffnung des Europäischen Binnenmarktes und zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Maßstab. Wir machen auch in

der Europäischen Union auf diesem Weg große Fortschritte – immer noch nicht so weit, wie wir sie brauchen, aber wir machen diese Fortschritte. Und ich werde auch in meinem Ehrgeiz nicht nachlassen, das, was uns die Fachleute Enrico Letta und Mario Draghi aufgeschrieben haben, zu verwirklichen.

Hier bei uns in Deutschland hat uns gerade Julia Jäkel erneut bescheinigt, was bei uns geschieht. Denn sie sieht sehr genau hin, was aus ihren gemeinsam mit Thomas de Maizière, Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle unterbreiteten Vorschlägen – erneut aus einer Expertenkommission zur Staatsmodernisierung – wird. Ich zitiere sie wörtlich: „Wir erleben gerade den größten Modernisierungsschub unserer staatlichen Strukturen seit Dekaden.“ – Ja, sie hat recht.

Spüren werden Sie – das ist mein letzter Punkt – Schritt für Schritt auch die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen. Die ausgebauten Abschreibungsmöglichkeiten sind seit dem 1. Juli des letzten Jahres in Kraft. Die Senkung der Körperschaftsteuer folgt Schritt für Schritt. Sie sehen also: Wir tun alles, um endlich wieder Wachstum zu ermöglichen, um es Ihnen zu erleichtern, Neues zu schaffen, zu investieren und das zu tun, was Sie als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber tun wollen und worauf Sie stolz sind, nämlich in Deutschland Arbeit zu schaffen. Ja, wir haben noch viel zu tun. Aber ich will all dies erreichen für unser Land. Und ich werde nicht aufhören, dafür zu kämpfen, dass wir das auch gemeinsam hinbekommen.

Die Bundesregierung und ich ganz persönlich, meine Damen und Herren, wir brauchen dabei Sie. Wir brauchen Sie als Sozialpartner, so wie auch die Arbeitnehmervertretungen. Wir brauchen Ihr Vertrauen, dass wir den Erfolg unseres Landes gemeinsam wollen. Wir brauchen Ihre Zuversicht, und wir sind dann auch gemeinsam entschlossen, auch wenn wir nicht immer alles von vornherein in der Koalition mit einer Meinung hinbekommen. Aber wir wissen: Wir tragen die Verantwortung für unser Land. Wir wollen Erfolg – gemeinsam, für unser Land. Und ich will in dieser Koalition Erfolg haben. Erfolg heißt, noch einmal, dass die jungen Menschen im Land wieder das Vertrauen haben, dass ihre Zukunft in Deutschland ihnen gehört, dass sich Arbeit lohnt, dass die sozialen Sicherungssysteme stabil sind, dass Deutschland ein Land ist, in dem jeder ein gutes Leben für sich und seine Familie aufbauen kann.

Deshalb müssen die Aufgaben, die vor uns liegen, die Umsetzung der Koalitionsbeschlüsse zum Thema der Rente und des Arbeitsmarktes, jetzt erledigt werden. Das wissen Sie hier im Saal ganz besonders. Und Sie wissen es vermutlich mehr als viele andere. Deshalb – ich will es noch einmal betonen – ist die Bundesregierung auch auf unsere gemeinsame Kraftanstrengung angewiesen.

Sie repräsentieren in der BDA rund eine Million Unternehmen mit rund 30 Millionen Beschäftigten – das sind deutlich mehr als 60 Prozent der Erwerbstätigen in unserem Land –, 30 Millionen Menschen, die als Teil Ihrer Unternehmen unser Land am Laufen halten, die anpacken, die Steuern zahlen, die sich mit ihrer Arbeit identifizieren und für dieses Land auch Mitverantwortung übernehmen, nicht nur in den Betrieben, sondern bis hinunter in die Städte, in die Dörfer, in die Vereine, im Sport, in der Musik, in den Hilfsorganisationen.

Meine Damen und Herren, mit dem, was Sie als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber tun, investieren Sie in diese Menschen. Sie setzen auf Sie. Und diese Menschen setzen auf unser Land. Deshalb ist Ihre konstruktive Mitarbeit auch als Sozialpartner bei der Erneuerung unseres Landes so wichtig und so wertvoll. Sie sind in Ihren Unternehmen im Austausch mit Millionen Bürgerinnen und Bürgern, auf die es ankommt. Reden Sie miteinander! Entwickeln Sie, wo immer es geht, ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, für die Veränderungen, die notwendig sind, und für die Chancen, die sich uns eröffnen. Sie tun das für Ihre Unternehmen, ja, aber Sie tun es zugleich auch für unser Land.

Noch einmal: Es gibt inzwischen viele Signale und ermutigende Anzeichen, dass unserem Land dieser Aufbruch gelingen kann. Die Transformation unserer Volkswirtschaft findet statt, während viele immer noch überlegen, ob sie überhaupt gelingen kann. Wir sehen inzwischen beeindruckende Erfolgsgeschichten. Ich will nur eine nennen. Nächste Woche haben wir den Invest in Germany Summit hier in Berlin. Es geht hierbei nicht nur um viele 100 Milliarden Euro, die in Projekte in Deutschland fließen, es geht auch um die Botschaft von Investoren an die Menschen in unserem Land und in der Welt. Wir glauben an Deutschland und an das Potenzial in Deutschland.

Die Studien, die wir sehen, zeigen, dass Europa mittlerweile auf der Welt als einer der attraktivsten Investitionsstandorte angesehen wird. Die Studien, die wir sehen, zeigen, dass Deutschland in Europa als der attraktivste Investitionsstandort angesehen wird. Diese Signale, diese Zahlen, diese steigenden Investitionssummen aus dem In- und Ausland, das sind die Signale, auf die wir achten sollten und die wir auch ansprechen sollten. Diese Signale machen Zuversicht, und sie sind greifbar. Sie zeigen eben, dass Deutschland eine Chance hat, aus dieser schwierigen Lage herauszukommen. Machen wir uns also an die Arbeit, nutzen wir dieses Momentum, denn es geht um nicht mehr und um nicht weniger als um die Erneuerung der marktwirtschaftlichen Ordnung unseres Landes. Um noch einmal im Bild zu bleiben: Wir bereiten unser Land auf die nächste große Reise vor, auf herausfordernde Gewässer, in die wir gemeinsam segeln wollen.

Ich will jedenfalls von meiner Seite aus alles dafür tun, dass es mehr und mehr Grund für genau diese Zuversicht gibt. Ich werde weiter dafür kämpfen, dass sich in der Bundesregierung trotz mancher Meinungsverschiedenheiten immer wieder das Richtige und das Notwendige durchsetzt. Meine Damen und Herren, wenn wir mit diesem Geist in die nächsten zwölf Monate gehen, dann bin ich sicher, dass auf dem nächsten Arbeitgebertag 2027 hier in Berlin noch einmal mehr Grund zur Zuversicht bestehen wird. Gehen wir diesen gemeinsamen Weg, gehen wir diesen Weg für unser Land, für Deutschland!

Herzlichen Dank.

* * * * *